

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 246. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe
Freitag, 26. Mai 1905.
Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, hinterhaus.
Telephon 155; Redaktion Telephon 1272. Eing. Nr. Branhaush. 3.
Verlag: S. S. Metz Verlag in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 26. Mai.

Das Wirtschaftsjahr 1904/1905.

Am 22. Mai fand in Saarbrücken unter Vorsitz des Generaldirektors Zilliken-Neumirnden die Generalversammlung der südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Vereins zur Förderung der gemeinlichen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie statt. Der Generalsekretär Dr. Alexander Zille ergriffte ein Referat über das Wirtschaftsjahr 1904/1905. Ueber die neugeschlossenen Handelsverträge führte er folgendes aus:

„Während in England ein Drittel der nationalen Produktion auf dem Auslandsmarkt untergebracht werden muß, so in Deutschland nur ein Siebentel. Infolgedessen ist der autonome Tarif von 1904 fast ausschließlich für die deutsche Industrie, wie die Auswertung der Ausfuhrerlöse. Diese sind für die Saarindustrie in der Hauptsache bestimmt durch die neuen autonomen Zolltarife der Schweiz, Italiens, Österreich-Ungarns und Belgiens. Kraft derselben wird die deutsche Industrie vom 1. März 1906 an mit 15 bis 20 Prozent höheren Zöllen für ihre Ausfuhr im Auslande zu rechnen haben. Die neuen Handelsverträge haben an dieser Zeit nur wenig geändert, trotzdem sind sie von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die deutsche Warenexportation nicht etwa nur deswegen, weil sie die Zollpolitik der Hauptausfuhrmärkte für das Deutsche Reich auf zwölf Jahre unweiberrührlich festlegen, sondern vor allem, weil sie die durch die Abschaffung eines besseren Zollsystems an die deutsche Landwirtschaft den Binnenmarkt, auf dessen Aufnahmefähigkeit sechs Siebentel der deutschen Industrieproduktion angewiesen sind, aufnahmefähiger gemacht haben. Schon zur Zeit herrschte die deutsche Landwirtschaft und insbesondere die deutsche Getreidebau die neuen Verhältnisse voranzuschreiten und sich durch reichlichere Erzeugnisse bei der Industrie auf die gleiche Höhe zu erheben, denn seit dem März 1905 ist eine ganz ungewöhnlich vermehrte Nachfrage nach Erzeugnissen der Getreideindustrie auf dem Binnenmarkt festzustellen. Der enorme Anstieg der Getreidepreise ist demnach nicht zufällig, sondern kommt also in hohem Maße der deutschen Industrie zu gute.“

Den Ausführungen des Redners wurde aus der sehr zahlreich von den Industriellen des Saargebietes besuchten Versammlung einmütig zugestimmt. Dr. Zille behandelte dann die Wirksamkeit des Stahlwerkesverbandes, die Hauptfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Jahres 1904 und stellte dem Jahre 1905 ein durchaus günstiges Prognose.

* **Vom Kaiserpaar.** Zur Abendtafel am Mittwoch bei den Majestäten in Wiesbaden waren geladen Admiral Freiherr von Zenden-Vibran, Generalintendant von Hülsen und Intendant Dr. von Musenbacher. Der Kaiser unternahm Donnerstag morgen einen Ausritt und hörte vormittags die Vorträge der Chefs des Zivilkabinetts und des Militärkabinetts. Nachmittags begaben sich Ihre Majestäten, wie am Tage vorher der Kaiser im Automobil und die Kaiserin zu Wagen, nach Bielefeld und machten dort, nachdem ein Spaziergang im Schloßpark, nach der Abendtafel begab sich der Kaiser ins königliche Theater und wohnte der Vorstellung von „Der Bettelstudent“ bei.

* **Zerfallende.** Mittwoch abend 7½ Uhr starb der General-Major a. D., früherer Militärintendant von Waffow in seiner Wohnung zu Berlin. — Nach zweier Jahren ist dem „Schwäbischen Merkur“ zufolge der General der Infanterie, G. D. Weidern, der von 1890 bis 1895 Kommandierender General des Württembergischen Armeekorps gewesen ist, im Alter von 75 Jahren gestorben.

* **Die Delegierten zum internationalen Landwirtschaftlichen Institut.** In den Räumen des bayerischen Landwirtschaftsrates in München fand am Donnerstag die einleitende Beratung der Delegation statt, welche vom Reichsamt des Innern zu der in Rom zusammenzutretenden Konferenz von Landwirten und Regierungsvertretern abgeordnet worden ist, die über das Projekt eines internationalen Landwirtschaftlichen Instituts beraten wird. Unter den Delegierten befinden sich Ministerialdirektor Dr. Zbiel, Berlin, Prinz von Schönau-Carolath aus Saarbrücken, Landesökonomierat Winkelmann-Münster, Geheimreferent Regierungsrat Saas-Darmstadt, Geh. Referent Regierungsrat Zacher und Dr. Hoesche, Vorsitzender des Bundes der Landwirte. Die Herren haben ihre Reise nach Rom im Laufe des Tages fortgesetzt.

* **Die Kritik im Flottenverein bejehet.** Der „S.“ schreibt: „Die von uns wiederholt erwähnte Kritik im Flottenverein dürfte auf Grund der Audienz, die dem Präsidenten des Vereins, fürsten zu Salms-Gorimar, am Mittwoch vom Kaiser genährt worden ist, als bejehet zu betrachten sein. Ein Privattelegramm von geschätzter Seite aus Stuttgart teilt uns mit, daß die inebenen Differenzen dem der entgegenkommenden Richtung, welche die Zerlegungen des fürsten Salms beim Kaiser geübt haben, jetzt vollständig ausgeglichen sind und hierdurch die bisherige Tätigkeit des Flottenvereins gefördert ist. Da nunmehr die Gründe,

die zur Kritik führten, beseitigt sind, ist es nicht unmöglich, daß die Generale Menges und Meinig entschließen, ihre Dienste weiterhin dem Flottenverein zur Verfügung zu stellen.“ — Prinz Heinrich von Preußen trifft zur Teilnahme am dem Flottenvereinszuge am Sonnabend vormittag in Stuttgart ein und wird als Gast des Königs im Reichshofgärtchen Wohnung nehmen.

* **Aus Anlaß der bevorstehenden Tagung des Deutschen Flottenvereins in Stuttgart** sind der Präsident des Flottenvereins fürst Salms-Gorimar und die übrigen Mitglieder des Präsidiums bereits in Stuttgart eingetroffen. Am Donnerstag abend fand ein Festakt in der Spiegelgalerie des Kgl. Schlosses statt, zu dem schon erschienenen Gäste und Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des württembergischen Landesvereins Einladungen erteilt hatten.

* **Und dem Bundesdruckergewerbe.** Nachdem seitens des Reichsamtts und des Reichsministeriums der deutschen Bundesdruckerei vorantrat ist, Beschlüssen über die zeitliche Durchführung von Leistungen in Bundesdruckereibetrieben zu erlassen, hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe eine Erhebung darüber veranlaßt, ob und beziehungsweise in welchem Umfang es sich empfiehlt, für das Bundesdruckergewerbe die Bestimmungen des § 128 Abs. 2 der Gewerbeordnung zur Anwendung zu bringen.

* **Vom deutschen Handels- „von Pöblist“.** Wie aus Konstantinopel berichtet wird, hat der Deutsche Handels- „von Pöblist“ am Dienstag mit der Legation des Reichs von Konstantinopel (Ruminien) an der Küste des Schwarzen Meeres entlang nach Konstantinopel begonnen.

* **Der Bundesrat** erteilte in seiner gestrigen Sitzung zwei neuen Auftragsentscheidungen zum Reichshaushaltungs- und zum Reichshauswirtschaftsamt der Schaubgebiete für 1905 die Zustimmung.

* **Die Kommission des Reichstags für die Wahl- und Gewerbeordnung** legte gestern die Beratung über die Frage, ob die Wahlämter der Gemeinden belassen werden oder an den Staat übertragen sollen, fort.

* **Die Wahlprüfungskommission des Reichstags** hat die Wahl des nationalliberalen Abg. Weiser (2. Anhalt) für gültig erklärt.

* **Die Budgetkommission des Reichstags** setzte gestern die Beratung des Militärbudgets fort. Dabei erklärte Generalmajor v. Vallet de Villehervil, die gefällige Regelung der Militärverwaltung sei unmöglich, da die nötige Zahl von Stellen nicht verfügbar ist, und auch die betreffenden Offiziere häufig nicht mehr die erforderliche Eignung besitzen. Es lasse sich nichts anderes tun, als die Personalverhältnisse in wohlwollender Weise zu regeln. Abg. Prinz v. Preußen (Ztr.) brachte eine Resolution ein, betreffend die Offiziere im Feldjägerkorps unterzuziehen, das jetzt eine zweifelhafte, teilweise veraltete Einrichtung ist.

* **Die Verhandlungen** unter den Fraktionen des Abgeordnetenhauses über das Vergarbereitegesetz haben gestern nachmittag noch nicht zu einem vollen Ergebnis geführt. Die Erzielung einer Verständigung ist zu erwarten, aber es sind noch einige Differenzpunkte vorhanden, welche die Fraktionen erst heute früh erledigen können.

Deutsches Reichstag.

193. Sitzung vom 26. Mai, 1 Uhr mittags.
Im Bundesrat: Dr. Zbiel.

Am 26. Mai wurde die Beratung der Resolutionen, die als ungenügend zur Förderung im Reine erachtet sind, durch einstimmige Annahme erledigt.

Es folgt die zweite Sitzung des Entwurfs betreffend die Übernahme einer Garantie des Reichs in Bezug auf eine Eisenbahn aus „Schwarz-Elster“. Es wird sich für die Vorlage aus. Diese Bahn käme besonders für Truppentransporte sehr in Betracht.

Abg. Ledebur (Zog.): Eisenbahnen sind gewiss nützlich, auch für Kamern. Hier aber kommt die Bahn nur in Kapitalwerten zu gute, und mit dieser Bahn wird zugleich föhliche Landrentenverlusten verbunden. Das finanzielle Risiko soll den Steuerzahlern zufallen, und so sind wir grundräßig Gegner dieses Bahnbau. Man werde nicht blindlings in die Aktion hinein, das geschieht aber mit den Landzuweisungen. Selbst wenn man also auf dem Standpunkte steht, die Bahn ist notwendig, muß man diese Vorlage ablehnen. Am meiste der Werdere, der Wert des Landbesitzeschaften angestiegen Landes betrage höchstens 42 000 Mark. Man darf aber nicht vergessen, daß das Land in unmittelbarer Nähe der Stationen besonders wert ist. Dieses Land wird die Gesellschaft erwerben, um es später zu hohen Preisen wieder zu verkaufen. Wir sind aber prinzipiell Gegner von Landüberweisungen. Deutsche Bauern und ihre Anwohner werden in größerer Zahl nach Kamern auswandern. Deshalb erziehe man die Wege zu traktierbarer Arbeit. Die Landbesitzer werden aber werden diese Erziehung nicht übernehmen, sondern die Eingeborenen lediglich zurückdrängen. Freilich hat sich in der Kommission ein Abgeordneter dafür begehrt, die Wege „mit hoher Gewalt“ besetzt zu werden. Wenn das am grünen Holz des herrschaftlichen Werdereins geschieht, was soll am kürzere der Landbesitzer werden? Andere werden meinen, die Eingeborenen haben nur Anspruch auf das Land, das sie bebauen oder bewohnen. Auch diese Regelung ist ungenügend. Man scheint aber die Ausrottung der Eingeborenen zu planen, wie jetzt in Südwafrika auch General v. Trotha geradezu Mordbefehle erteilt hat, um einzelne Schwarze in seine Gewalt zu bekommen. Angehts eines solchen Erlasses, wie ihn Herr v. Trotha veröffentlicht hat, sollte der General ablehnen werden. Aber auch der Antrag Lattmann, für die Eingeborenen Arbeit zu schaffen, ist nur eine Aufforderung, ihnen die jetzige Land zu rauben. Wir haben so viele Bedenken gegen die Vorlage, daß wir sie rundweg ablehnen. (Beifall bei den Landbesitzern.)

Ministerialdirektor Dr. Zbiel: Wir haben uns bei den Referenten nicht auf zwei Entwürfe pro Mitte bestraßt. Die Referent

stellen künftig in bebauten und bebauten Landstrichen fünf bis sechs Hektar betragen, und schon jetzt dürfen Eingeborene Land an Nichteingeborene nur mit Genehmigung des Gouverneurs veräußern. Ihre Einkommen der Kolonie haben wir ein Einfuhrverbot für Gewerbe erlassen. Was die prinzipielle Auffassung des Werdere betrifft, so erlaube ich an, daß die Eisenbahnen für unsere Kolonien nicht mehr der Hand seien. Wenn er aber etwas fordert, die Plantagenbesitzer wollen die Bahn auf eigene Kosten bauen, dann muß er uns auch sagen, woher diese Eisenbahnen das Geld für diese Eisenbahnen nehmen sollen. Diese Eisenbahnbauten liegen wesentlich auf dem öffentlichen Interesse. Das Risiko für das Reich wäre größer, wenn es die Bahn auf eigene Kosten baute. Die Landbesitzer wollen an die Gesellschaften sind berechtigt. Je größer die Einnahmen dieser Gesellschaften sind, um so geringer ist das Risiko für das Reich.

Abg. Lattmann (Ztr.): Ueber die Rentenpflicht, Kamern durch Bahnbauten zu erleichtern, braucht nicht mehr gestritten zu werden. Es ist aber grundräßig falsch, den Bahnbau einer Konzeptionsgesellschaft zu übertragen, zumal in einer Kolonie wie Kamern, wo die Rentabilität der Bahn immer zu erwarten ist. Man verneht auf englische und französische Vorbilder, verneht aber, daß Kamern und Engländer gerade wegen der hinter Erhebungen neuerdings die Konzeptionen wieder zurückfallen. Die Eingabe der Bremer Handelskammer ist leider wenig beachtet worden. Sie führt zum Standpunkte des deutschen Handels bittere Worte über das Wirken der Konzeptionsgesellschaften. Es wäre besser, auf Kosten des Reichs eine Bahn zu bauen, und es würde sich im weitestgehende gewiss auch eine Mehrheit für eine solche Vorlage finden. Boretti fehlt noch für den vorliegenden Entwurf die nötige Sicherheit in der rechtlichen Grundlage. Eingeborene glauben, daß die Kolonialverwaltung mit den veranlagten Kosten die Bahn überhand nicht bauen kann. Leider ist nun auf meine Forderung in der Kommission der Vorkaufsrecht nicht vorgeschrieben worden; da muß man noch fertig werden. Auch die uns unterbreitete Karte scheint in wesentlichen Punkten nicht richtig zu sein, wie ein ausgearbeiteter Kenner des Landes, Dr. Passarge, und Missionäre benötigt haben. Die Landgesellschaften sind gefährlich für den deutschen Handel und für die Lage der Eingeborenen. Man sollte uns Abgeordneten und der Sache mehr über lassen, die Vorlage einzulegen zu werden. Wenn aber der Ministerialdirektor fest, je mehr die Gesellschaften verdienen, um so günstiger für das Reich, dann verneht er, daß diese Gesellschaften nicht in erster Linie Eisenbahnen, sondern Landgesellschaften sind. Die Missionäre glauben, daß durch die geplante Konzeption die friedliche Entwicklung der Kolonie gefährdet werden wird. Wenn diese Bedenken nicht zu werden, so müssen wir die Konzeption der Regierung überlassen. Im gegenwärtigen Momente müssen wir die Vorlage ablehnen; würde die Entscheidung bis zum Herbst verlagert, es wäre immerhin noch möglich, daß unsere Bedenken gerichtet würden.

Ein Regierungskommissioner sucht die Bedenken des Werdere gegen die der Vorlage bejehigliche Karte von Kamern zu entkräften.

Abg. Kopsch (fr. W.): In Gegner der Vorlage, schon wegen der hier vorgehnen neuen Landbesitzern.
Abg. Dr. Baumbach (natl.): Die Würdigung gegen die Landgesellschaften stellen sich der genauen Erundum der Vorlage als nicht unbedingt heraus. Nur völliger Unkenntnis gegen die Gesellschafts-Verhältnisse können wir nicht ein gutes Ende. Man darf nicht vergessen, daß diese Gesellschaften bisher noch nicht einen Hektar als Eigentum erhalten hat. Die Gesellschaft hat tüchtig gearbeitet. Es kommt aber lediglich darauf an, ob die Bahn zur Erleichterung der Kolonie notwendig ist oder nicht, und diese Frage bejahen wird, wenn man sich das Wort nimmt, was hier der gründerlich durchdrachten geben werden könnte, ist 10 000 Hektar, und die Preisen unter den Millionen Hektaren gar keine Rolle. Durch die bisherige Anprobierung der Träger sind viele Landstriche entworfen worden. Auch deshalb empfiehlt sich die baldige Verabschiedung der Vorlage.
Abg. Reich v. Kisthohn (Zog.): Die Vorlage ist gründerlich überarbeitet und in der Kamern der gründerlich durchdrachten worden. Die Kamern der Bahn soll nicht bestritten. Bei der Frage, ob das Reich die Bahn bauen soll, halten wir an der Auffassung fest, daß wir in den Kolonien die verschiedenen Systeme probieren müssen. Wir eine Aufgabe des Redners erwidert

Ministerialdirektor Zbiel, die in Betracht kommende Bank sei bereit, die Bahn nach Maßgabe der Kommissionsbeschlüsse zu bauen.
Abg. Stark (fr. W.) glaubt, daß die überliegenden Momente für Annahme der Vorlage sprechen.

Nach weiterer Debatte beantragen die Sozialdemokraten über den § 1 namentlich abzustimmen. Daraufhin regt

Abg. Dr. Wagner (Ztr.) an, die Namen der Unterzeichner eines Manifests auf namentliche Abstimmung künftig in der Abstimmungsliste mitzutragen, um dem Präsidenten die Arbeit des reglementären Verlesens der Namen zu erparieren.

Präsident Graf v. Helldorf: Mit dieser Regelung würde ich einverstanden sein, die mühe dann aber auch in der Gesellschafts-Verhältnisse aufzunehmen werden. Ihre heute mühe ist den Herren Schriftführer bitten, die Namen zu verlesen. (Beifall.)

An der Abstimmung beteiligen sich 199 Abgeordnete, 132 stimmen für, 61 dagegen, 6 enthalten sich der Abstimmung. § 1 ist mit 132 angenommen. Der Rest der Vorlage wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.
Schluß des Verlesens nach 6 Uhr.

Der Krieg in Ostafrika.

In den ostafrikanischen Gewässern soll es nunmehr zu der erwarteten Entscheidung zwischen den Russen und den Amerikanern gekommen sein. Die erste Meldung des „New Bureau“ aus Manila (Philippinen) lautet, wie wir schon gestern meldeten, darüber folgendes mit: „Ein unbeschäftigtes Geschick befaßt, die feindlichen Flotten seien im Süden von Formosa zusammengezogen und die Japaner seien geschlagen worden.“ Eine zweite Meldung desselben Telegraphenbureaus aus Manila lautet: „Nach einer amtlichen Depesche aus Sigan (an der nordwestlichen Küste der den Amerikanern gegenüber großen Philippinen

